Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11219**

18. Wahlperiode 16.02.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Gastel, Oliver Krischer, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/10383 –

Die Bahnpolitik auf das richtige Gleis setzen

A. Problem

Die Antragsteller erklären in ihrem Antrag, dass sie eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik und Infrastrukturplanung für erforderlich halten, um die Treibhausgasemissionen entsprechend den Verpflichtungen Deutschlands durch das internationale Klimaschutzabkommen zu verringern. Nach dem Willen der Antragsteller soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die Bahnpolitik in Deutschland neu aufzustellen. Sie fordern, beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Priorität auf den Schienenverkehr zu legen, einen fairen Wettbewerb unter den Verkehrsträgern herzustellen, technische Innovationen vorzunehmen und eine Reformkommission einzuberufen, die ein Leitkonzept für einen modernen Bahnverkehr in Deutschland entwickeln soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10383 abzulehnen.

Berlin, den 25. Januar 2017

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Martin Burkert	**Kirsten Lühmann**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Kirsten Lühmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10383** in seiner 210. Sitzung am 16. Dezember 2016 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller kritisieren, dass der Verkehrssektor bei Energiewende und Klimaschutz beträchtlich hinterherhinke. Seit dem Jahr 2010 seien die verkehrsbedingten Emissionen sogar angestiegen. Wesentliche Ursache hierfür sei die nach wie vor hohe Verkehrsleistung von Personen- und Lastkraftwagen. Die Bahn als Herzstück einer vernetzten und klimafreundlichen Elektromobilität müsse gestärkt werden und ihr Anteil am Modal Split müsse wieder deutlich wachsen. Die Antragsteller halten eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik und Infrastrukturplanung für unumgänglich, wenn man Klimaschutzziele und einen starken Bahnverkehr in Deutschland erreichen wolle. Nach dem Willen der Antragsteller soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die Bahnpolitik in Deutschland neu aufzustellen. Sie fordern, beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Priorität auf den Schienenverkehr zu legen, einen fairen Wettbewerb unter den Verkehrsträgern herzustellen, technische Innovationen im Schienenverkehr vorzunehmen sowie eine Reformkommission einzuberufen, die ein Leitkonzept für einen modernen Bahnverkehr in Deutschland entwickeln soll.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 103. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10383 in seiner 92. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag** auf Drucksache 18/10383 in seiner 93. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, die im Antrag enthaltenen Forderungen seien entweder bereits umgesetzt oder befänden sich auf dem Wege zu ihrer Umsetzung. Es stünden mehr Mittel für Ersatzinvestitionen sowie für den Neu- und Ausbau zur Verfügung. Das Gesamtvolumen für die Schiene umfasse mehr als 41% der Mittel für die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP). Der Antrag ignoriere, dass der BVWP zur Vorbereitung des Deutschlandtakts 3,3 Mrd. Euro für den Ausbau von Schienenknoten und für ergänzende Maßnahmen vorsehe. Die grundgesetzliche Verpflichtung zur Fernverkehrssicherung beziehe sich nur auf die Infrastruktur. Die Fraktion der CDU/CSU lehne es ab, neue Subventionen zur Verfügung zu stellen. Mit dem neuen Fernverkehrskonzept der DB AG befinde man sich auf dem richtigen Weg.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die Forderungen, beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Priorität auf den Schienenverkehr zu legen und zielgerichtet in Maßnahmen für den Deutschlandtakt, den Knotenausbau, Engpassbeseitigung und die Schaffung eines deutschlandweiten 740-m-Netzes zur Produktivitätserhöhung im Schienengüterverkehr zu investieren, würden mit dem Bundesverkehrswegeplan umgesetzt. Über die Schaffung veränderter Wettbewerbsbedingungen werde diskutiert. Sie sprach sich für eine Senkung der Trassenpreise in der nächsten Legislaturperiode aus, in der auch über die Einführung einer Maut für Fernbusse beraten werde. Die mit dem Antrag geforderten Innovationen im Schienenverkehr würden bereits verwirklicht. Dies gelte vor allem für die Bereitstellung von W-LAN auf allen Strecken und den Einsatz der Brennstoffzellentechnologie bei Zügen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat die Auffassung, die Situation der Deutschen Bahn AG und des Bahnverkehrs insgesamt sei alles andere als zufriedenstellend. Ein massives Kürzungsprogramm bei DB Cargo mit Streichung von 2.000 Stellen und Schließung von über 170 Güterverladestationen entspreche nicht dem proklamierten Ziel, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bringen. Die mit der Bahnreform 1994 geschaffenen Strukturen seien zu überdenken. Die Bahn spare seit vielen Jahren zu Lasten der Netzqualität, und damit an der falschen Stelle, wie Berichte des Bundesrechnungshofes belegten. Insofern befinde sich die Bahn keineswegs bereits auf dem richtigen Gleis. Sie befürworte die Einsetzung einer Reformkommission für die Bahnreform, an der die Beschäftigten und die Fahrgastverbände beteiligt werden müssten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, der Anteil der umweltfreundlichen Schiene am Modal Split sei zu gering. Die Schiene müsse gegenüber dem Lkw wettbewerbsfähiger werden. Zur Erreichung dieses Ziels müssten Belastungen – z.B. Trassenpreise – reduziert werden. Der Bundesregierung fehle eine Strategie für die Steuerung des bundeseigenen Konzerns Deutsche Bahn AG sowohl im Hinblick auf die Gestaltung der Geschäftsfelder wie auf den Umgang mit dem Schuldenstand. Keineswegs seien mit dem Bundesverkehrswegeplan alle Probleme gelöst. Dies gelte insbesondere für den Bereich des potentiellen Bedarfs. Die technischen Innovationen stünden noch am Anfang. Sie plädiere für eine Reformkommission zur Evaluation der Entwicklungen seit der Bahnreform von 1994, um eine „Bahnreform 2.0“ zu gestalten.

Berlin, den 25. Januar 2017

Kirsten Lühmann
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.